

Medienkonferenz zum Budget 2010

Mittwoch, 23. September 2009, 10.00 Uhr, Grosses Sitzungszimmer der FKD

Referat von Yvonne Reichlin-Zobrist, Finanzverwalterin

Details zum Budget 2010

1 Entwicklung des Stellenbestandes und des Personalaufwands

Folie 13 (Tabelle 15 aus LRV): Die Entwicklung der Anzahl Stellen zeigt, dass der Regierungsrat seit 2006 die Plafonierung der Anzahl Stellen in seinem Einflussbereich umgesetzt hat. Dies auch mit Berücksichtigung des Stellenausbaus im Budget 2010. In der engeren Verwaltung hat die Anzahl Stellen gegenüber 2006 um 1 Prozent oder um rund 24 Stellen zugenommen. Ausserhalb des Stellenplans ist ein weit grösseres Stellenwachstum feststellbar: Bei den Gerichten hat seit 2006 ein Stellenausbau von 10.5 Prozent (23 Stellen), bei den Spitalbetrieben ein solcher von 7.6 Prozent (215 Stellen) stattgefunden. Der Stellenausbau beim KIGA (20.5 Prozent, 29 Stellen) ist auf die steigende Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Folie 14 (Tabelle 14 aus LRV) zeigt, dass der Stellenbestand im Budget 2010 insgesamt um 169.1 Stellen oder 2.3 Prozent zunimmt. In den Spitalbetrieben werden rund 45 Stellen geschaffen (3.7 Prozent), dieser Stellenausbau findet sowohl im administrativen Bereich als auch im Leistungsbereich statt. Im KIGA werden aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit 54 zusätzliche Stellen geschaffen; diese sind vollständig refinanziert durch Bundesbeiträge.

In der engeren Verwaltung ist ein Stellenausbau von 54.9 Stellen vorgesehen (2.3 Prozent). Neue Aufgaben sollen wenn immer möglich mit Prozessoptimierungen und Rationalisierungen aufgefangen werden. Aber auch die Rationalisierungen stossen irgendeinmal an gewisse Grenzen, so dass sich die mehrjährige Stellenplafonierung im Budget 2010 nicht mehr aufrechterhalten lässt. Zunehmende Überzeitguthaben weisen auf eine zunehmende Belastung der Mitarbeitenden hin. Es sind zahlreiche

neu dazu gekommene Aufgaben, die einen Stellenausbau unabdingbar machen.

Neue Aufgaben fallen in folgenden Bereichen an:

- Asylwesen (Zunahme Anzahl Asylbewerber),
- Einführung zentrale Verlustscheinbewirtschaftung und Zunahme der Steuerpflichtigen,
- Einführung biometrischer Pass (Stellen sind refinanziert),
- Bereich Forensik bei der Polizei (Abbau der Wartefristen),
- Ökologischer Ausgleich (Vollzug Verpflichtungskredit),
- Informatik (unter anderem Umsetzung Informatikstrategie, Betrieb der neuen EDV-Lösung SAP),
- Stärkung der Führungsunterstützung (Controlling, Finanzwesen).

Es wird erwartet, dass die für das Jahr 2010 massgebende Teuerung negativ ist. Es ist daher kein Teuerungsausgleich im Budget enthalten.

2 Details zur Aufwandseite

Folie 15

Im **Sachaufwand** resultieren Mehraufwendungen für das medizinische Verbrauchsmaterial (6.4 Mio. Franken) und aufgrund von Neueinmietungen und der Übernahme der Sekundarschulbauten (8 Mio. Franken).

Der Wechsel von der degressiven Abschreibungsmethode zur linearen Abschreibungsmethode gemäss Nutzungsdauer führt zu einer Reduktion der **Abschreibungen** von 27 Mio. Franken. Beim Übergang zur neuen Rechnungslegung werden die Restbuchwerte in Fällen, wo die Nutzungsdauer abgelaufen ist, korrigiert (21 Mio. Franken).

Im **Finanzaufwand** fallen Minderaufwendungen an, da die langfristigen Verbindlichkeiten im Jahr 2009 und 2010 abgebaut werden können. Es ist aber absehbar, dass das Fremdkapital in den kommenden Jahren wieder ansteigen wird.

Der **Transferaufwand** umfasst die Aufwendungen im Finanzausgleich (zwischen Bund und Kantonen sowie kantonaler Finanzausgleich) und die Staatsbeiträge (Leistungsabgeltungen und Finanzhilfen). Mit dem revidierten Finanzausgleichsgesetz fallen der ungebundene Finanzausgleich und die Beiträge an die Löhne der Lehrpersonen Kindergarten und Primarschulen weg (-108 Mio. Franken), neu erfolgt eine Sonderlastenabgeltung (23 Mio. Franken). Der gesunkene Ressourcenindex (von 102.6 auf 101.2) führt zu einem tieferen Ressourcenausgleich (-5.9 Mio. Franken). Bei den Kantonsbeiträgen für die EL AHV resultiert ein Minderaufwand von 12 Mio. Franken. Die Beiträge für die Prämienverbilligungen hingegen nehmen um 14.5 Mio. Franken zu. Zahlreiche Leistungsaufträge führen gegenüber dem Vorjahr zu einem Mehraufwand von 45 Mio. Franken: Genereller Leistungsauftrag im öffentlichen Verkehr, Universität Basel, FHNW, KV BL, Sonderschulbereich und Jugendhilfe, UKBB, Straf- und Massnahmenvollzug.

3 Details zum Steuerertrag

Folie 16 Steuererträge (Tabelle 9 in LRV)

Die wirtschaftliche Abkühlung wirkt sich negativ auf die Ertragsseite aus. Einerseits werden die im Budget 2009 erwarteten Erträge nicht erreicht, andererseits setzt das Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 nur zögerlich ein. Massgebend für den Zuwachs des Ertrags aus der Einkommenssteuer ist das reale Wirtschaftswachstum: Für 2009 wurde im Budget 2009 ein Zuwachs von +1.9 Prozent BIP angenommen (effektiv: -1.6 Prozent; B 2010: +0.3 Prozent).

Bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen führt das Gerichtsurteil bezüglich Verpflegungsabzug für Ledige zu einer jährlichen Ertragsabnahme von 13.5 Mio. Franken. Beim Ertrag aus den Vermögenssteuern widerspiegelt sich die bessere Börsensituation.

Bei den Gewinnsteuern juristischer Personen wird angenommen, dass die steuerlichen Verlustvorträge aus dem Abschluss 2009 den Steuerertrag negativ beeinflussen. Die Ertragsminderungen aus der Unternehmenssteuerreform II sind bei den Kapitalsteuern juristischer Personen berücksichtigt. Bei den Erbschafts- und Schen-

kungssteuern sind die Ausfälle aufgrund der Gesetzesrevision ebenfalls berücksichtigt.

Die Entwicklung bei den Vermögensgewinn- und Vermögensverkehrssteuern basiert auf Annahmen zur Entwicklung auf dem Immobilienmarkt: Es wird von einem grösseren Handelsvolumen ausgegangen bei tieferen Grundstücksgewinnen.

Sistierung der teuerungsbedingten Anpassung des Steuertarifs

Mit einer jährlichen und automatisierten Anpassung des Einkommenssteuertarifs wird verhindert, dass ein teuerungsbedingter Lohnanstieg zu einer höheren prozentualen Steuerbelastung führt. Aufgrund des starken Rückgangs der Erdöl- und Benzinpreise liegt der Index der Konsumentenpreise im Juni 2009 um 0.9 Prozentpunkte tiefer als der Vorjahresindex (Stand Juni 2009: 109.1). Bei einer Anwendung des geltenden Dekrets zum Steuergesetz würde diese Teuerungsanpassung zu einer Verschärfung des Tarifverlaufs, d.h. zu einer faktischen Steuererhöhung führen. Eine Steuererhöhung in konjunkturell schwierigen Zeiten soll jedoch vermieden werden. Daher soll die Anpassung des Einkommenssteuertarifs so lange eingefroren werden, bis der Teuerungsindex das Niveau Stand Juni 2008 (110.0) überschreitet.

Entgelte: Die Entwicklung der Entgelte ist stark geprägt durch die Erträge aus Pflgetaxen und Erträge aus medizinischen Leistungen und aus Arzthonoraren (12 Mio. Franken). Die Verkehrsbussen verharren mit 19.1 Mio. Franken auf dem Vorjahresniveau.

Der tiefere **Finanzertrag** ist die Folge der tiefen Zinsen und des Abbaus des Finanzvermögens für den Schuldenabbau.

Der Wegfall von Gemeindebeiträgen (93 Mio. Franken) im Rahmen der Revision des kantonalen Finanzausgleichs ist massgebend für die Entwicklung beim **Transferertrag**.

Im **ausserordentlichen Ertrag** wird die Entnahme aus dem Eigenkapital im Rahmen der Defizitbremse ausgewiesen.

Regionale Zusammenarbeit

Folie 17 (Tabelle 10 LRV)

Der Leistungsaustausch mit dem Kanton Basel-Stadt (Abgeltungen an gemeinsame Trägerschaften und Leistungseinkauf) macht knapp 10 Prozent der Erfolgsrechnung aus. Die Zunahme von 13 Mio. Franken ist auf den Leistungsauftrag mit der Universität Basel (+7.5 Mio. Franken), den Behindertenbereich (+4.2 Mio. Franken) und auf den Leistungsauftrag mit dem UKBB zurückzuführen (+ 2.1 Mio. Franken).

Bei den Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben sind 26 Mio. Franken für den Neubau des UKBB und 2.5 Mio. Franken für die Universität Basel (Neubau Schällemätteli) vorgesehen.

Ich gebe das Wort nun zurück an den Finanzdirektor zur abschliessenden Würdigung des Budgets 2010.